

Nötzold, Jürgen

Article — Digitized Version

Enger Spielraum für die polnische Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Nötzold, Jürgen (1971) : Enger Spielraum für die polnische Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 6, pp. 322-325

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134276>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Enger Spielraum für die polnische Wirtschaftspolitik

Jürgen Nötzold, München

Die Unruhen in der Volksrepublik Polen zeigten auch einer weiten Öffentlichkeit die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich das Land befindet. Der geringe Spielraum, in dem sich die polnischen Wirtschaftspolitiker gegenwärtig bewegen müssen, ist nicht ohne die langfristigen Entwicklungs- und Strukturprobleme Polens zu verstehen; sie lassen daran zweifeln, daß die kritische wirtschaftliche Situation rasch überwunden werden kann.

Überangebot an Arbeitskräften

Die Entwicklung Polens wird auch zukünftig vom wirtschaftspolitischen Hauptproblem bestimmt werden: der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die immer noch rasch anwachsende Erwerbsbevölkerung. Dieses Problem hat seine Ursachen in dem bis Ende der 50er Jahre anhaltend hohen natürlichen Bevölkerungswachstum und in dem Überbesatz des Agrarsektors mit Arbeitskräften. Da die Jahre von 1951 bis 1957 den stärksten Bevölkerungszuwachs brachten, wird das Beschäftigungsproblem in den Jahren 1971 bis 1975 noch an Bedeutung gewinnen. So müssen allein für die in diesem Zeitraum in das erwerbstätige Alter eintretenden Jahrgänge annähernd 1,9 Mill. Arbeitsplätze geschaffen werden¹⁾. Das ist die größte Zahl seit Kriegsende. Dabei handelt es sich im Gegensatz zum Ausbildungsstand der gegenwärtig Beschäftigten um überwiegend gut ausgebildete Arbeitskräfte.

¹⁾ T. Kochanowicz: Beschäftigung und die demographische Situation (polnisch). In: Nowe Drogi, Mai 1967.

Jürgen Nötzold, 34, Dr. oec. publ., kommt vom Osteuropa-Institut der Universität München. Heute ist er Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen/Isar.

Weitere Arbeitsplätze müssen für die landwirtschaftliche Überschussbevölkerung geschaffen werden. Gegenwärtig sind in der privatbetriebenen Landwirtschaft über 36 Arbeitskräfte je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche tätig. Bei unveränderter technischer Ausstattung der Betriebe könnten ohne weiteres ungefähr 2 Mill. Arbeitskräfte abgezogen²⁾ und durch deren Einsatz in anderen produktiven Tätigkeiten das Sozialprodukt gesteigert werden.

Das Beschäftigungsproblem wird noch dadurch verschärft, daß bei einer Erhöhung der in Industrie und Landwirtschaft allgemein niedrigen Arbeitsproduktivität weitere Arbeitskräfte aus ihren bisherigen Beschäftigungen freigesetzt würden. Im Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich müßten also bis 1975 nicht nur für den natürlichen Bevölkerungszuwachs jährlich durchschnittlich 380 000 Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern je nach dem Tempo der Beseitigung der versteckten Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft und der Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierung in Industrie und Landwirtschaft wenigstens weitere 150 000 bis 200 000.

Langsame Zunahme der Realeinkommen

Die Lösung des Beschäftigungsproblems erfordert hohe Investitionen für die Einrichtung von Arbeitsplätzen und die entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen. Zwar steht die Zunahme des Sozialprodukts im sozialistischen Polen im starken Kontrast zur Stagnation im Zeitraum von 1929 bis 1939, in dem die Pro-Kopf-Wachstumsrate nur 0,3% betrug³⁾, aber die Entwicklung zeigt, daß die notwendigen Investitionen ohne nennenswerte

²⁾ Schätzung nach: Concise Statistical Yearbook of Poland 1970, S. 39 und S. 150. Diese Zahl bewegt sich in der Größenordnung der für 1964 mit 2,2 Mill. angegebenen agrarischen Überschussbevölkerung. Siehe G. W. Strobel: 20 Jahre Volkspolen, eine soziale und wirtschaftliche Bilanz. In: Europa-Archiv, Folge 13/1965, S. 506.

³⁾ N. Spulber: The State and Economic Development in Eastern Europe, New York 1966, S. 58.

Auslandshilfe auch bei steigendem Sozialprodukt nur durch eine Erhöhung der Akkumulationsquote finanziert werden können. Das aber würde bedeuten, daß das Wachstum der Realeinkommen der Beschäftigten auch weiterhin nur bescheiden sein kann. Im sozialisierten Sektor der polnischen Volkswirtschaft stiegen die Realeinkommen von 1960 bis 1969 im jährlichen Durchschnitt um nicht ganz 2%. Die geringfügige Erhöhung der Realeinkommen – übrigens die niedrigste aller RGW-Länder⁴⁾ – macht verständlich, warum sich die polnische Führung einem erheblichen Druck zur Erhöhung des Konsumniveaus ausgesetzt sieht.

Im Dezember vergangenen Jahres hatte der Vorsitzende der Plankommission beim Ministerrat, S. Majewski, zu Recht darauf hingewiesen, daß die Investitionsquote der letzten Jahre unbedingt aufrechterhalten werden müsse und deshalb der Anstieg des Lebensstandards nur langsam erfolgen könne⁵⁾. Die polnischen Unruhen dürften aber die gleiche Konsequenz wie bislang alle derartigen Ereignisse in Osteuropa haben, nämlich eine zumindest vorübergehende Senkung der Investitionsquote. Nach dem „polnischen Oktober“ von 1956 war die Zuwachsrate der Brutto-Investitionen schon einmal zurückgegangen, um seit Beginn der 60er Jahre bis 1969 wieder zu steigen⁶⁾.

Wachsender Kaufkraftüberhang

Trotz der geringen Zunahme konnten die Einkommenssteigerungen nicht in effektiver Nachfrage nach Konsumgütern realisiert werden. Der wachsende Kaufkraftüberhang – ein ständiger Unsicherheitsfaktor in der volkswirtschaftlichen Planung – wird u. a. dadurch verursacht, daß durch die im Zuge der Industrialisierung beträchtliche Verschiebung des Verhältnisses von Stadt- und Landbevölkerung Ansprüche an die Landwirtschaft gerichtet werden, die diese aufgrund ihres niedrigen Produktivitätsstandes nicht zu befriedigen vermag.

Eine weitere Ursache ist – wie überall in den RGW-Staaten – in der Industrialisierungskonzeption der Vergangenheit zu suchen. Die einseitige Entwicklung der Grund- und Investitionsgüterindustrien erbrachte in diesen Sektoren einen über dem Produktionsergebnis der Konsumgüterindustrien liegenden Einkommenszuwachs. 1951 gab es nur einen geringen Abstand in den Bruttoproduktionswerten der Produktionsmittelindustrien (sogenannte Gruppe A) und der industriellen

Konsumgüterproduktion (sogenannte Gruppe B). Er hat sich seitdem kontinuierlich vergrößert⁷⁾.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf den Konsumgütermärkten sind ohne Zweifel auch darauf zurückzuführen, daß in keiner anderen Volkswirtschaft des RGW-Bereiches der Anteil der Gruppe A an der industriellen Gesamtproduktion in den Jahren von 1965 bis 1969 so stark gestiegen und entsprechend der Anteil der Gruppe B so stark gefallen ist wie in Polen⁸⁾. Die landwirtschaftliche Produktion stieg von 1950 bis 1969 nur um ungefähr ein Viertel der industriellen. In Polen machen aber die Ausgaben für Lebensmittel in einer Industriearbeiterfamilie im Schnitt noch etwa 50% der Haushaltsausgaben aus⁹⁾. Die Regulierung dieses Verhältnisses von Kaufkraft und Verbrauchsgüterangebot ist in absehbarer Zukunft politisch wohl nur durch eine Erhöhung des Verbrauchsgüterangebotes möglich.

Rückständige Agrarwirtschaft

Bislang konnte aber der aus der Vorkriegszeit überkommene Zirkel von Zurückgebliebenheit, kleinbäuerlicher Struktur und zu hohem Arbeitskräftebesatz in der polnischen Landwirtschaft nicht durchbrochen werden¹⁰⁾. Das trifft vor allem auf die polnischen Kernsiedlungsgebiete, die Wojewodschaften im Süden und Osten des Staatsgebietes, zu. Im Zeitraum von 1950 bis 1967 gab die privatbetriebene Landwirtschaft nur 150 000 Arbeitskräfte an andere Sektoren der Volkswirtschaft ab¹¹⁾. Es ist ein Hinweis auf die eingeschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Sektoren der Volkswirtschaft, daß 1966 noch 44% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt waren, davon 93% in überwiegend kleinbäuerlichen Familienbetrieben, die annähernd 85% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften¹²⁾.

Der technische Rückstand im privatbetriebenen Sektor der Landwirtschaft kann durch den geringen Einsatz von Kunstdünger, unzureichende maschinelle Ausstattung und niedrige Hektar- Erträge gekennzeichnet werden. Der Verbrauch an Kunstdünger (in kg pro Hektar) beträgt nur knapp ein Drittel des Verbrauchs in der DDR,

⁷⁾ Siehe Concise Statistical Yearbook of Poland 1970, S. 80.

⁸⁾ Siehe J. K l e e r, a. a. O., S. 5.

⁹⁾ Siehe die Untersuchung über die Lebensbedingungen der Bevölkerung (1967), Gtowny Urząd Statystyczny, Warschau, Februar 1970.

¹⁰⁾ Siehe die Daten bei A. S z e m b e r g: Entwicklungstrends in der Agrarstruktur (polnisch). In: Zycie Gospodarcze, 15. 12. 1968.

¹¹⁾ A. E l i a s: Magnitude and distribution of the labor force in Eastern Europe. In: Joint Economic Committee, Economic Development in Countries of Eastern Europe, Washington 1970, S. 181.

¹²⁾ R. M a n t e u f f e l: Ein Vergleich zwischen Staatsbetrieben, Kollektivwirtschaften und Familienbetrieben in Polen unter technischen und ökonomischen Gesichtspunkten (polnisch). In: Zagadnienia Ekonomiki Rolnej, Nr. 2/1969.

⁴⁾ J. K l e e r: Anmerkungen und Beobachtungen des Nationalökonom (polnisch). In: Polityka, 23. 1. 1971, S. 5.

⁵⁾ Siehe: Trybuna Ludu, 5. 12. 1970, S. 1 und 3.

⁶⁾ Th. P. A l t o n: Economic Structure and Growth in Eastern Europe. In: Joint Economic Committee, Economic Developments in Countries of Eastern Europe, Washington 1970, S. 52, und Concise Statistical Yearbook of Poland 1970, S. 56.

der wiederum unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegt¹³⁾. Der Traktorenbesatz (15 PS-Einheiten, bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche) ist der niedrigste von allen RGW-Ländern. Er war im Jahre 1967 in der DDR und der ČSSR fast dreimal so hoch, in der Bundesrepublik siebenmal so hoch wie in Polen¹⁴⁾. Bei der starken Zersplitterung der Betriebsflächen¹⁵⁾ wäre ihr Einsatz allerdings häufig auch nicht rationell.

Krisenanfälligkeit der Volkswirtschaft

Die Lage im Agrarsektor beeinflusst die gesamte ökonomische Situation des Landes. Bezeichnend für die noch bestehende strukturelle Krisenanfälligkeit ist die Tatsache, daß jeder Rückschlag im landwirtschaftlichen Produktionsergebnis folgenschwere Versorgungslücken aufreißt. Die schlechten Produktionsergebnisse der Jahre 1969 und 1970 werden Proportionen, Ziele und Ergebnis des begonnenen neuen 5-Jahres-Planes nicht unbeeinflusst lassen. Die Erhöhung des wirtschaftspolitischen Manövrierraumes erfordert deshalb die Beseitigung des Agrardefizits.

An den insbesondere seit 1965 deutlich ansteigenden Investitionen in der Landwirtschaft wird ersichtlich, daß die polnische Führung durchaus um die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bemüht war. Aber es macht sich natürlich bemerkbar, daß bis ungefähr 1955 das Ziel bestand, bei einem Minimum an Investitionen möglichst hohe Überschüsse aus dem Agrarsektor zu ziehen – und das vor dem Hintergrund der schon vor dem Kriege unterentwickelten Landwirtschaft.

Landwirtschaftliche Produktivitätsverbesserungen werden aber das Arbeitskräfteangebot auf dem Lande erhöhen. Wenn Industrie und Dienstleistungssektor dieses nicht absorbieren können, steigt in der Landwirtschaft die Gefahr sinkender Pro-Kopf-Einkommen und einer Konservierung der bestehenden Betriebsflächenzersplitterung. Obwohl die Struktur des agrarischen Privatsektors Rationalisierungsbestrebungen beträchtlich hemmt, dürfte es jedoch für die polnische Führung unumgänglich sein, im Agrarsektor am individualwirtschaftlichen System festzuhalten. Denn die Zusammenfassung der großen Zahl von Klein- und Kleinstbetrieben in Kollektivwirtschaften würde eine kaum aufzubringende Kapitalausstattung erforderlich machen und Arbeitskräfte freisetzen, die das Problem der Schaffung neuer Arbeitsplätze erheblich verschärfen würden.

13) G. Lazaćk: Growth of Output, Expenses and Gross and Net Product in East European Agriculture. In: Joint Economic Committee, a. a. O., S. 515.

14) Radio Free Europe Research, Communist Area, 1. 2. 1971, Dynamics of Power in Comecon Agriculture.

Dieser Zirkel könnte leichter durchbrochen werden, wenn Polen einen Teil der erforderlichen Kapitalgüter, der fehlenden Agrar- und industriellen Konsumgüter aus dem Ausland beziehen könnte. Dazu müßte Polen durch eigene Exporte ausreichend Transfer-Rubel und konvertible Währungen verdienen.

Geringer Spielraum im RGW-Handel

Der Warenaustausch mit den anderen RGW-Mitgliedsländern – rund 55 % des Außenhandelsvolumens werden mit diesen abgewickelt – weist aber nicht unbedeutende Einfuhrüberschüsse auf. Im Gegensatz zum Güterverkehr werden allerdings bei Dienstleistungen Überschüsse erzielt. Mit den Einnahmen aus dem Transitverkehr Sowjetunion-DDR werden die polnischen Gütereinfuhrüberschüsse aus der DDR, die annähernd die Hälfte des Importdefizits im Handel mit RGW-Staaten ausmachen, teilweise beglichen¹⁶⁾. Das hohe polnische Defizit im Außenhandel mit Roh- und Brennstoffen ist vor allem auf die entsprechenden Importe aus der Sowjetunion zurückzuführen. Dagegen besteht im RGW-Handel ein positiver Saldo bei Maschinen und Ausrüstungen sowie industriellen Konsumgütern. Der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen an den Ausfuhren in die RGW-Länder betrug 1960 38,8 % und 1969 52,7 %¹⁷⁾. Diese Veränderung der Warenstruktur erlaubte es, daß Polen seinen Anteil an den internen Gesamteinfuhren der RGW-Staaten von 8,3 % 1958 auf 11,5 % 1968 erhöhen konnte¹⁸⁾.

Die Rohstoffimporte aus der Sowjetunion sind für die Produktion der Schwerindustrie und die Verbesserung der Situation auf dem Energiesektor unerlässlich, aber sie erbringen kein Äquivalent für die in den Exportindustrien entstandenen Einkommen. Das wäre nur durch industrielle Konsumgüter und Agrarerzeugnisse zu erreichen, Produkte, die im RGW Mangelware sind. Eine gewisse, zeitlich beschränkte Entlastung wäre vielleicht durch Warenkredite von Agrargütern, bis zu einem gewissen Maß auch von industriellen Konsumgütern, zu erzielen.

Bislang schwankte die Höhe der Getreideimporte aus der Sowjetunion zwischen 0,8 und 1,2 Mill. Tonnen jährlich. 1971 sollen zur unmittelbaren Überbrückung der durch den starken Rückgang der Getreideernte von 1970 entstandenen Schwierigkeiten 2 Mill. Tonnen geliefert werden¹⁹⁾. Den anderen Teil der Bedarfslücke, der bislang durch Weltmarktbezüge geschlossen werden mußte, wird

15) Beispiele bei K. Kozub: In 120 Teilen (polnisch). In: Tygodnik Kulturalny, 5. 3. 1967.

16) Siehe z. B. Trybuna Ludu, 5. 1. 1971, S. 2.

17) Rocznik Statystyczny Handlu Zagranicznego 1970, S. 15.

18) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Reihe Ostblock, Nr. 6/1969, S. 15.

19) Trybuna Ludu, 3. 1. 1971, S. 4.

die Sowjetunion aber kaum füllen können. Die Sowjetunion ist in schlechten Erntejahren selbst ein Defizitland. Da die polnischen Exportleistungen in den RGW-Bereich nicht ausreichend sind, wird Polen nach Lage der Dinge in nächster Zeit von der wirtschaftlichen Unterstützung der Sowjetunion und der DDR abhängig sein.

Polen auf dem Weltmarkt

Für die Außenwirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Industriestaaten läßt sich zunächst generell feststellen, daß ähnlich wie bei den anderen RGW-Mitgliedsländern der erwünschte Anstieg der Importe nur in engen Grenzen erfolgen kann, weil keine entsprechenden Absatzchancen für polnische Produkte auf dem Weltmarkt bestehen. Der überwiegende Teil des polnischen Exports in die EWG- und EFTA-Staaten besteht aus Rohmaterialien, Kohle und Agrarerzeugnissen. Die ausgeführten Rohmaterialien werden aber in zunehmendem Maße in der eigenen Volkswirtschaft benötigt, und der Anteil der Agrarprodukte an den Exporten in die nichtsozialistischen Länder nahm in den vergangenen Jahren von 38,8% (1960) auf 29,7% (1969) ab²⁰⁾. Das alte Ziel einer erheblichen Ausweitung der Exporte von Maschinen, Ausrüstungen und industriellen Konsumgütern in westliche Staaten konnte bislang nie planentsprechend realisiert werden. Die polnische Landwirtschaft wird aber kaum in der Lage sein, bei einer Nichterfüllung der industriellen Exportpläne als Lückenbüßer einzuspringen. Dem steht vor allem auch die ungünstige Versorgungslage auf dem Binnenmarkt entgegen.

Die Agrarhandelsbilanz wird durch die Notwendigkeit von Getreideimporten aus Hartwährungsländern belastet. Die Getreideimporte verbreitern die Futtermittelbasis für die Erzeugung landwirtschaftlicher Veredelungsprodukte, deren Export ange-

sichts der Außenhandelssituation wohl unverzichtbar ist. Außerdem bindet die Viehzucht, die von den bäuerlichen Familienwirtschaften weitaus effizienter als von den Staatsgütern und Kollektivwirtschaften betrieben wird, mehr landwirtschaftliche Arbeitskräfte als der Getreideanbau. Um den Passivsaldo des Agrarhandels zu beseitigen, sollten die Getreideimporte bis 1970 auf ein Minimum gesenkt werden. Um aber von Getreideimporten unabhängig zu sein, wäre eine Eigenproduktion in Höhe von mehr als 18 Mill. Tonnen Getreide erforderlich. Seit 1965 liegt die Getreideernte mit durchschnittlich 16 Mill. Tonnen höher als zu Beginn der 60er Jahre. Die ungünstigen Ernten der Jahre 1969 und 1970 haben aber das Ziel der Getreideautonomie wieder weit in die Zukunft rücken lassen.

Wenig Hoffnung auf Änderung

Auch für den Fall erhöhter sowjetischer Getreidelieferungen müssen solche Mengen auf dem Weltmarkt gekauft werden, daß die Zielsetzung des jetzigen Außenhandelsplans — so viel wie möglich Maschinen und Ausrüstung für die Modernisierung der Industrie aus westlichen Industriestaaten zu beziehen — ernsthaft gefährdet ist. Die für den Planungszeitraum von 1971 bis 1975 beabsichtigte Änderung der Industriestruktur ist aber nicht ohne westliche Lieferungen vollziehbar. Denn bei den vor allem nachgefragten Gütern für rationellere und automatische Fertigungsabläufe besteht auf dem RGW-Markt in bezug auf Entwicklungsstand und Produktionsaufkommen ein empfindlicher Engpaß. Die verstärkt zu entwickelnden Branchen technischer Konsumgüter benötigen ebenfalls Zulieferungen und Ausrüstungen aus westlichen Ländern. Schließlich muß die polnische Führung auch den Import von Konsumgütern erwägen, denn mit schlechtversorgten Binnenmärkten ist keine Leistungsbereitschaft zu wecken.

²⁰⁾ Rocznik Statystyczny Handlu Zagranicznego 1970, S. 10.

**GELD, das Sie jetzt investieren
ist morgen schon mehr wert als heute . . .**

Einlage: ab DM 1000,— · Verzinsung: 27,6% p. a. · Laufzeit: 2 Jahre · Kündigung: 3 Monate

Auskunft über

EURO-FINANZ

Versicherungen · Finanzierungen · Immobilien · 1000 Berlin 41 · Hubertusstraße 2